

ARGUMENTE

INFOBLATT DER PFF

BELGIEN - BELGIQUE
P.P.
4700 EUPEN 1
9/2212



IN DIESER AUSGABE:

- INTERVIEW MIT DEM NEUEN VORSITZENDEN DER MR - CHARLES MICHEL
- EUROPÄISCHES JAHR DES EHRENAMTS
- ERNEUERBARE ENERGIE UND ATOMKRAFT



Liebe Freunde der PFF,

und wieder ist ein halbes Jahr vergangen. Leider hat es bislang keiner der Verhandlungsstrategen geschafft eine neue Regierung für unser Land zu bilden. Umso wichtiger war und wird es sein, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihren Platz im föderalen Gebilde beibehält und auch weiterhin auf sich aufmerksam macht. Gemeinsam haben wir im Parlament der DG beschlossen unsere Ansicht, die DG als 4. Region im belgischen Staatsgefüge zu berücksichtigen, kundzutun. Diese Vision der Zukunft Belgiens und der DG umfasst sowohl die Übertragung von Befugnissen, als auch die Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel. Deshalb bleibt es wichtig, dass die DG an ihre Eigenart innerhalb Belgiens immer wieder erinnert.

Denn in Brüssel erlebe ich nur zu oft, wie die Deutschsprachigen in vielen Bereichen einfach vergessen werden.

Auch mit unserem neuen MR-Präsident Charles MICHEL, dem ich an dieser Stelle nochmals zu seiner Wahl am 14. Februar gratuliere, habe ich bereits über die Deutschsprachige Gemeinschaft gesprochen. Auch er wird sich in seiner neuen Funktion für unsere Belange einsetzen. Lesen Sie in dieser Ausgabe ein kurzes Interview mit dem neuen Präsidenten. In dieser Ausgabe der Argumente erfahren Sie in unserer neuen Rubrik „kurz notiert“ welche Themen im Europaparlament, dem föderalen und regionalen Parlament behandelt wurden, wie das europäische Jahr des Ehrenamtes gestaltet wird und lesen Sie über die zurzeit wohl spannendste Debatte der erneuerbaren Energie versus Atomkraft und erfahren Sie auch wie die JFF organisiert ist.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit liberalen Grüßen,
Ihre Katrin JADIN
Vorsitzende der PFF



IN DIESER AUSGABE:

- *Edito* 1
- *Kurz notiert* 3
- *Interview mit Charles Michel* 7
- *2011 - europäisches Jahr des Ehrenamts* 9
- *Erneuerbare Energie und Atomkraft - David gegen Goliath* 11
- *JFF* 13
- *Sie möchten Mitglied werden?* 14
- *Maifest in Jodoigne* 15





IM EUROPAPARLAMENT

„Nuklearenergie – Die Europäische Union basiert ihre Arbeit auf einem 53 Jahre alten Abkommen!“

Mit Spannung erwartete man nach dem Unglück von Fukushima am 16. März die Aussprache des Europakommissars für Energie. Günther Oettinger erklärte, dass die Europäische Union ihre Sicherheitsnormen in der Nähe der Kernanlagen verstärken wird. Die liberale Europaabgeordnete **Frédérique Ries** erinnerte daran, dass in Europa ein Bereich immer mehr auf Gegendruck stößt: die Kernenergie. Dieser Sektor ist wie ein gutgehütetes Geheimnis, das mit der allgemeinen Regel der Transparenz im Widerspruch steht. Diese Intransparenz wird durch das seit 53 Jahren unveränderte EURATOM-Abkommen perfekt wiedergespiegelt. **Frédérique Ries** wies auf eine neue Ausgangssituation im Energiebe-

reich hin und betonte, dass wir nicht nur die Sicherheit erhöhen müssen, sondern auch der Energieversorgungsabhängigkeit, insbesondere der Kernenergie, ein Ende setzen müssen.

IM PARLAMENT DER WALLONISCHEN REGION

Die Verwaltung der wallonischen Region leidet unter einem Rekordfernbleiben ihrer Mitarbeiter: „Mit mehr als 170 000 Fehltagen, sprich einem Durchschnitt von 17 Tagen pro Beamter oder einem Mittelwert von 7,35%, liegt genügend Stoff vor um die Führung in Frage zu stellen“, so **Willy Borsus, Fraktionsvorsitzender im Wallonischen Parlament.**

Daher bat er den Minister Jean-Marc Nollet in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Führungspersonen der Verwaltung einen „dringenden Aktionsplan“, mit dem Ziel den Durchschnitt der Fehlitage auf 5% herunterzuschrauben, auf die Beine zu stellen. Alles andere würde nämlich bedeuten, dass die Regierung eine anormale Situation als akzeptabel empfindet!

Kurzfristig sollte bereits geprüft werden ob die bestehenden Mechanismen wirksam und ausreichend zum Einsatz kommen. Des Weiteren spricht der **Oppositionspolitiker** das Unwohlsein in einigen Abteilungen an. „Mir ist zu Ohren gekommen, dass das Wohlbefinden der Beamten an ihrem Arbeitsplatz zu wünschen übrig lässt. Es mangle an Organisation, wobei dies natürlich von einer Verwaltung zur anderen ändern könne, doch in einem solchen Fall liege es am Minister den Stier bei den Hörnern zu packen um das Problem zu lösen“ so der **liberale Regionalabgeordnete.**



„Die institutionelle Entwicklung der DG – Heute kann man das Wort 4. Region komplexfrei in den Mund nehmen“

Ihrem Ruf entsprechend behalten die Liberalen in Sachen „institutionelle Entwicklung“ eine offensive Position. Der **Präsident des Bezirksverband Verviers der MR, Pierre-Yves Jeholet**, erinnert noch einmal daran, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft seine vollste Unterstützung genießt. Er sieht in ihr einen gleichberechtigten Partner in Form einer „Gemeinschafts-Region“. Er lässt es sich daher auch nicht nehmen die Regierung und den Ministerpräsidenten Rudy Demotte auf die nur sehr sporadische Arbeit der Arbeitsgruppe, die die Kompetenzübertragungen an die DG vorbereiten soll, anzusprechen. *„Ich verstehe durchaus, dass manche in der DG ihre Ungeduld in Bezug auf die Umsetzung dieser Forderungen äußern, aber es bleibt wichtig den Respekt der bestehenden Institutionen zu*



wahren und die Verhandlungen in Bezug auf die Kompetenzübertragungen an die DG im gegenseitigem Respekt und in einem Klima des Vertrauens weiterzuführen“, so **der Regionalabgeordnete**.

www.jeholet.be

In der Kammer

„**Rauchverbot – Wer ist hier der Wirt?**“

Das Urteil des Verfassungsgerichts greift dem Rauchverbot in Kneipen vor. Ab dem 1. Juli 2011 darf in keiner Gaststätte des HORECA-Sektors mehr geraucht werden. Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack, so **Daniel Bacquelaine**, denn vor etwa einem Jahr hatte man einen breiten politischen Konsens gefunden und beschlossen dem Gastgewerbe die nötige Zeit zu geben um sich dem künftigen Rauchverbot anzupassen. Dies erschien auch mehr als angemessen, da es den Gastwirten ermöglichte die bis dato getätigten Investitionen, die laut bisherigen Rechtsvorschriften notwendig waren, zu decken.

Das Urteil des Verfassungsgerichts hat die Investitionen, die auf Grundlage der bisherigen Gesetzeslage getätigt wurden, unbrauchbar gemacht.

Die MR verlangt daher, dass das politische „Abkommen“ eingehalten wird und dass die Gastwirte entsprechend für ihre Investitionen entschädigt werden. Ideal, so **Katrin Jadin**, wäre es gewesen den Gastwirten die Wahl zu lassen sich für oder gegen die Führung eines rauchfreien Lokals zu entscheiden, dies scheint allerdings seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes nicht mehr realisierbar.

www.bacquelaine.be

„**Personalmangel am Eupener Gericht Erster Instanz**“

Im Eupener Gericht Erster Instanz mangelt es weitgehend an Personal. Nicht nur, dass unser Gerichtsbezirk der einzige im Königreich ist, der nicht über sieben Greffiere verfügt, nein er ist aufgrund der Zweisprachigkeit der Region mit vielen Dossiers aus Deutschland, Luxemburg oder den Niederlanden betreut worden. Des Weiteren hat das Personal des Eupener Gerichts sich stets flexibel gezeigt und nie außergewöhnliche Kosten verursacht, so die **Föderalabgeordnete**, daher hat Sie im Mai im Justizausschuss den Minister zu dieser spezifischen Situation befragt. **Katrin Jadin** betonte, dass dieser Personalmangel im Endeffekt auf dem Rücken der Rechtssuchenden ausgetragen würde.

Laut Minister De Clerck sei es derzeit aufgrund der finanziellen Einschränkungen nicht möglich eine Aufstockung des Rahmens in Betracht zu ziehen. Der Einstellung eines Rezeptionisten stünde derzeit lediglich die Frage nach den Räumlichkeiten im Weg. Dieses Problem werde sicherlich durch den Bau eines neuen Justizgebäudes behoben.



Jadin kommentierte zum Schluss der Befragung: „Ich höre aus ihrer Antwort Herr Minister, dass auch sie den Bau des neuen Justizgebäudes für Eupen schnell voranschreiten sehen wollen. Hierzu werde ich sie sicherlich in naher Zukunft nochmals befragen. Im Rahmen der Justizreform ist es auch weiterhin wichtig für die deutschsprachigen Rechtssuchenden, dass dieser Bezirk auch in Zukunft erhalten bleibt. Außerdem werde ich sofort ein entsprechendes Gesetz erarbeiten, das die Anpassung des Personalkaders des Justizbezirks Eupen dem der anderen vergleichbaren Justizbezirke angleicht.“

www.jadin.be





CHARLES MICHEL

geboren am 21. Dezember 1975

aktuelle Zuständigkeiten

- Präsident der MR seit dem 14. Februar 2011
- Bürgermeister der Gemeinde Wavre
- Föderalabgeordneter

Studien

- Lizentiat in Rechtswissenschaften an der freien Universität Brüssel (ULB) sowie der Universität von Amsterdam (1998)
- Anwalt

Politische Laufbahn

- Föderalabgeordneter (seit 1999)
- Minister für Entwicklungszusammenarbeit (Dezember 2007 – Februar 2011)
- Bau- und Urbanismusschöffe (Juli 2004 – November 2006)
- Wallonischer Innenminister (Oktober 2000 – Juli 2004)
- Vize-Präsident des Provinzialrats der Provinz Wallonisch Brabant (1995-1999)
- Provinzialrat (1994-1999)



Kattrin Jadin und Charles Michel

Im Rahmen der Wahlen des Präsidenten der MR hat die „Argumente-Redaktion“ sich kurz mit dem neuen Vorsitzenden unserer Schwesterpartei unterhalten und ihm im Zusammenhang mit der DG näher auf den Zahn gefühlt.

1 Wie ist Ihre Sichtweise der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen einer umfassenden Staatsreform?

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es einen Konsens was die Anwendung des Artikels 139 der Verfassung, sprich die Übertragung neuer Kompetenzen, anbelangt. Man ist sich einig, dass die DG wohl am besten platziert ist um die Zuständigkeiten wie die Raumordnung und den Wohnungsbau auszuüben. Dasselbe gilt auch für die konstitutive Autonomie sowie die Vertretung der Deutschsprachigen in den föderalen Gremien.

Für die MR ist es wichtig, dass man auf diese Forderungen eingeht, da sie, im Rahmen einer Regionalisierung der Strukturen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, unumgänglich erscheinen.

Die MR tritt für eine Staatsreform, die tatsächlich und wirksam auf die sozio-ökonomischen Fragen eingeht, ein. Die Bestrebungen der DG fügen sich meinem Erachten nach in dieses Bild ein.

2 Wie stellen Sie sich in Zukunft die Zusammenarbeit mit der PFF vor?

Die Stärke unserer Partei liegt in ihrer Vielfalt. Die Vertreter der MR stammen von allen Himmelsrichtungen und gerade das ist das Bereichernde. Des Weiteren soll jede Komponente (FDF, MCC und PFF) in der Lage sein innerhalb der verschiedenen Gremien seine Meinung zu äußern und an der Ausarbeitung eines gemeinsamen Projektes mitzuwirken. Deshalb muss eine gerechte und verhältnismäßige Vertretung der Komponenten gewährleistet sein.

Die Vertreter der PFF, Kattrin Jadin, Ferdel Schröder, Isabelle Weykmans, Emil Dannemark, Heinz Keul und Hans-Dieter Laschet sind in unseren Entscheidungsgremien vertreten und ich wünsche, dass das auch weiterhin der Fall ist.

3 Herr Michel, eine letzte Frage noch, wie sieht es mit Ihren Deutschkenntnissen aus?

Ich spreche fließend Niederländisch und Englisch nur leider ist das nicht der Fall mit der deutschen Sprache.



2011 - EUROPÄISCHES JAHR DES EHRENAMTS

Das Jahr 2011 wurde von der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr des Ehrenamts ausgerufen.

In diesem Rahmen erhalten die Mitgliedsstaaten, die lokalen und regionalen Behörden sowie die Zivilgesellschaft Unterstützung bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit. Insbesondere unterstützt die Kommission Maßnahmen, die die Freiwilligenorganisationen stärken und die Qualität der Freiwilligentätigkeiten verbessern. Darüber hinaus gilt ein besonderes Augenmerk der Anerkennung sowie der Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

Das Ehrenamt spielt eine zentrale Rolle in Regionen und Ländern, die in Demokratie leben. Der Grundsatz der Selbstbestimmung und der Garantie, dass der Rechtsstaat die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger wahr, sind Voraussetzung dafür, dass das Ehrenamt



entsteht, Platz hat und sich entwickeln kann. Aus diesem Grund können wir eine Verbindung herstellen zwischen einer regen und gut funktionierenden ehrenamtlichen Tätigkeit und der gelebten Demokratie.

In einer Gesellschaft wie der unseren spielt das Ehrenamt in fast allen Lebensbereichen eine wichtige Rolle. Sport, Freizeit, Soziales, Kultur, Jugend, Folklore, Dorf- und Regionalentwicklungsprozesse sowie die Politik sind die wesentlichen Bereiche in dem vieles ohne Ehrenamt nicht funktionieren könnte und auch nicht sollte.

Ehrenamt und Vereinsleben haben eine zentrale Bedeutung in der deutschsprachigen Gemeinschaft. Aus diesem Grund hat die Regierung das Zukunftsprojekt „Miteinander wirken“ dem Ehrenamt gewidmet. Ziel des Projektes ist weiterhin die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in der DG zu verbessern. Das Zukunftsprojekt orientiert sich an den

Zielen und Inhalten des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit.

Die Thematik Ehrenamt und Vereinsleben wurde bereits in der Legislaturperiode 2004-2009 als Querschnittsaufgabe durch die Regierung definiert. Und inzwischen hat die Regierung im Rahmen des regionalen Entwicklungskonzeptes REK 16 Zukunftsprojekte definiert, von denen eines den Titel trägt „Miteinander wirken – Vereinsleben und Ehrenamt fördern“. Das Zukunftsprojekt hat mehrere Teilprojekte: Zum einen den Aufbau einer Servicestelle „Freiwilligenarbeit“ im Ministerium, die Organisation von Weiterbildungen - das Seminar „Freiwilligenmanagement“ richtet sich an Verantwortliche in Vereinen und Ehrenamtsorganisationen und wird in Kooperation mit der „Akademie für Ehrenamtlichkeit in Berlin“ durchgeführt; Seminarinhalte sind: Freiwilligenarbeit planen, Freiwillige gewinnen und in die Organisation integrieren, Personalentwicklung für Ehrenamtliche. Außerdem wird für das Ehrenamt geworben und soll mehr Anerkennung für das Ehrenamt erreicht werden. Dazu gehören die Organisation einer Pressekampagne, eine neue Konzeption für den „Tag des Ehrenamtes“ sowie die Entwicklung einer Werbestrategie, die Jugendliche gezielt für ehrenamtliches Engagement anspricht. Neben dem Tag des Ehrenamtes wird es eine „Woche des Ehrenamtes“ und Informationsmarkt „Ehrenamt in der DG“ geben. Die Woche des Ehrenamtes



bietet die Möglichkeit, herausragende Initiativen aus jedem Ehrenamtsbereich ausführlicher in den Medien vorzustellen. Zusätzlich werden Veranstaltungen mit Referenten aus Europa die Herausforderungen der Freiwilligenarbeit thematisieren. Der Informationsmarkt am 18.09.2011 bietet über 50 Organisationen und Ehrenamtsinitiativen in der DG die Möglichkeit, sich gemeinsam der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.



Die Ministerin Isabelle Weykmans beim Überreichen des ersten OTW Volunteer Awarard beim Oxfam Trailwalker Helferabend



ERNEUERBARE ENERGIE UND ATOMKRAFT - DAVID GEGEN GOLIATH?

In Anbetracht der absehbaren Erschöpfung der fossilen Ressourcen und der Auswirkungen der CO₂-Auslässe auf das Klima wächst das Interesse an sauberen und erneuerbaren Energien. Doch was ist eigentlich „sauber“ und inwiefern ist das Vorhaben der nachhaltigen Entwicklung wirtschaftlich tragbar? Hinzu kommt, dass seit dem Unglück von Fukushima auch die Atomenergie wieder Diskussionsgegenstand ist. Doch können wir bereits heute komplett auf diese Energiequelle verzichten und wie sicher sind unsere Kernkraftwerke wirklich?

Zurzeit gibt es vor allem **vier saubere Energieformen**: die **Wasser-** und die **Windkraft** sowie die **Biomasse** und **Solarenergie**.

In Belgien stellt der Strom über die **Wasser- und Windkraft** zurzeit die wichtigste Produktionskapazität von erneuerbaren Energien dar.

Die **Biomasse** enthält verschiedene Energiequellen wie z.B. Holzabfälle,

Energiepflanzen, Schlamm der Klärwasseranlagen, landwirtschaftliche Reststoffe, Industrie- und Hausmüll sowie Deponiegas.

Die Wasserkraftnutzung hat den Vorteil, dass sie eine kostengünstige Alternative zur traditionellen Stromerzeugung ist. Natürlich ist der Bau eines Wasserkraftwerks aufwendig aber eine solche Anlage ist sehr langlebig und die Nutzung des Wassers an sich ist mit keinen Kosten verbunden. Sauber ist diese Form der Energieerzeugung da sie, im Gegensatz zu den konventionellen Energieträgern wie Erdöl oder Kohle, keine für unsere Gesundheit oder Umwelt schädlichen Emissionen mit sich bringt.

In der DG zählt diese alternative Energiequelle allerdings nur zwei kleine Produktionseinheiten, die Wesertalsperre in Eupen und den Bütgenbacher Stausee. Ein weiterer Nachteil der **Wasserkraft** ist das zum Teil starke Eingreifen in die Natur.

Die **Windenergie** besitzt ein beträchtliches Potenzial, allerdings ist der unvorhersehbare Produktionsertrag aufgrund der Witterungsbedingungen ein unumstrittener Nachteil.

Die Stromerzeugung aus **Biomasse** hat den Vorteil, dass sie vielseitig eingesetzt werden kann, denn mittels des Einsatzes von Biomasse als Rohstoff können mehrere Energieformen, wie z.B. Strom, Wärme und Kraftstoffe, erzeugt wer-



den. Dennoch gibt es auch hier negative Aspekte, die nicht außer Acht gelassen werden sollten. Biomasse ist ein nachwachsender Rohstoff aber seine Menge, und somit auch der Ausbau seiner Nutzung, ist begrenzt. Außerdem weist diese Form der Energiegewinnung im Vergleich zur Solar- oder Windkraft aufgrund des Verbrennungsprozesses eine eher schlechte CO₂-Bilanz auf.

Bleibt noch die **Sonnenenergie**. Die Sonnenenergienutzung kann, mit dem Vorteil emissionsfrei zu sein, ebenfalls vielseitig eingesetzt werden. Leider ist die Herstellung von Solarmodulen zur Stromerzeugung heute noch sehr aufwendig und die Investitionskosten dementsprechend hoch.

Die einzelnen Energiequellen haben ihre Vor- und Nachteile aber im Ganzen bilden sie eine gute Alternative zur Kernkraft. Allerdings, insofern wir unsere energetische Unabhängigkeit wahren wollen, können wir noch nicht komplett auf die Kernenergie verzichten, denn sie ist zurzeit für den Verbraucher die kostengünstigste Energiequelle. Den ökonomischen Aspekt ausgelassen, birgt diese Form der Energienutzung, wie wir

es an dem traurigen Beispiel von Fukushima erlebt haben, Risiken.

Kurzfristig haben vor allem die **Sicherheit** und die **Wirtschaftslage** Vorrang.

Dies bedeutet keinesfalls, dass die Kernkraft unabdingbar ist, ganz im Gegenteil.

Die Kombination von unterschiedlichen alternativen und erneuerbaren Energien ist die Zukunft, nur müssen wir bis zur Ausreifung der neuen Technologien im Bereich Biomasse oder der Vollendung des Baus eines Wind- und Wasserparks noch auf diese konventionelle Energiegewinnung zurückgreifen.

Die Berichte aus Brüssel (siehe „Kurznotiert“) beweisen, dass auch das Europaparlament sich aktiv mit diesem Thema befasst. Des Weiteren prüft die europäische Kommission derzeit die Reaktoren in Europa auf ihre Sicherheit damit Mängel schnellstmöglich behoben werden.

Es ist wichtig, dass dieses Thema auf europäischer Ebene besprochen wird, denn nur europaweit erreichen wir unser Ziel: den **Atomausstieg**.

den **Atomausstieg**.





Präsident
Alexander Miesen



**Vize-Präsidentin
und Sekretärin**
Evelyn Jadin



Vertreter im Rdj
Jérôme David



Vertreter im Rdj
Philippe Henkes



**Vertreter Regional-
vorstand der PFF**
Pascal Simons



Kassiererin
Isabelle Schiffers

Die Jugend für Freiheit und Fortschritt (JFF) ist eine politisch orientierte Jugendbewegung in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die Jugendliche aus allen Himmelsrichtungen zwischen 15 und 35 Jahren vereint.

Bei unserer Arbeit möchten wir Politik mit gestalten, Position beziehen, über Themen debattieren und dabei miteinander liberale Werte in die Gesellschaftsgestaltung einbringen. Dabei arbeiten wir zwar Hand in Hand mit der Partei für Freiheit und Fortschritt (PFF) sowie unseren Freunden der Jeunes MR zusammen, behalten uns aber dennoch, politisch wie organisatorisch, eine bedeutende Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vor.

Unser Ziel ist es auch, Jugendliche für die liberalen Ideen zu begeistern, diese Ideen weiterzuentwickeln und vor allem das kritische und innovative Denken zu fördern.

Als Mitglied hat man keine parteipolitischen Verpflichtungen, keine Unterschrift zur offiziellen Mitgliedschaft, kein Mitgliedsbeitrag,... man ist einfach nur **frei dabei!**

Haben wir Euer Interesse an der JFF geweckt? Dann schreibt uns oder kommt zu einer unserer Veranstaltungen in der DG!

Anschrift:
Jugend für Freiheit und Fortschritt (JFF)
Kaperberg 6
4700 Eupen

email: alexander.miesen@hotmail.be

SIE MÖCHTEN MITGLIED DER PARTEI FÜR FREIHEIT UND FORTSCHRITT WERDEN?

WAS BEDEUTET MITGLIED SEIN?

Als Mitglied haben Sie die Möglichkeit an den Mitgliederversammlungen der PFF teilzunehmen, bei denen über Entscheidungen, gemeinsam mit den anderen Mitgliedern abgestimmt und über Projekte, Vorschläge und Anliegen diskutiert wird. Zudem erhalten Sie Informationen über die Arbeit der Mandatare und der Arbeit in den einzelnen Sektionen der DG-Gemeinden. Regelmäßig wird Ihnen zudem die Zeitschrift der Partei „Argumente“ zugesandt. Hier erfahren Sie ebenfalls alles über die Arbeit und die Veranstaltungen der PFF.

Zudem finden gemeinsame Veranstaltungen statt und ein Neujahrsempfang wird in jedem Jahr organisiert. Natürlich haben Sie die Möglichkeit sich über dies hinaus für Ihre Partei zu engagieren, sei es bei der Unterstützung im Wahlkampf, der Organisation von Themenabenden oder um selbst bei einer Wahl als Kandidat zur Verfügung zu stehen.

WIE WERDE ICH MITGLIED?

Entweder Sie überweisen Ihren Mitgliedsbeitrag (15 €) auf das Konto 340-1341276-95 der PFF Regionale.

Wir bitten Sie, Name, Vorname, Anschrift, Alter, Sektion und Jahr in der Mitteilung zu vermerken. Oder Sie überreichen Ihrem Sektionspräsidenten den Mitgliedsbeitrag, der ihn dann für Sie an die Regionale überweist. Nach Eingang der Zahlung erhalten Sie Ihre Mitgliedskarte.

Partei für Freiheit und Fortschritt

Kaperberg 6 B-4700 EUPEN

Tel: +32(0)87 55 59 88

Fax: +32(0)87 55 59 83

E-Mail: info@pff.be

www.pff.be

